



UNSERE SICHERHEIT EUROPA

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Aus dem Inhalt:

■ „Im Medienloch“	1
■ „Österreicher im Tschad?“	1
■ Galileo	2
■ „ÖIES-Europaforum“	3

„ Im Medienloch “

Dieser Tage wurde in den Medien der „Tiefstand“ der europapolitischen Diskussion in Österreich beklagt. Das Problem liegt aber weniger am intellektuellen Niveau des europapolitischen Diskurses, wie das ÖIES-Europa-



Prof. Klaus Emmerich

forum demonstrierte, sondern am Verhalten der Medien, die eher nach politischen Sägern jagen, als fundiert über zukunftsfrüchtige Sachfragen zu berichten.

Am Boulevard werden Emotionen, auflagen- oder quotenbedingt, feilgeboten. Reichen abgestandene Vorurteile über Gefahren unserer Welt nicht aus, wird ungeniert mit Hypothesen gearbeitet. Im Fall Tschad wird dem Bürger weisgemacht, dass unbestreitbare Risiken bei EU-Einsätzen in Krisengebieten ins Unermessliche stiegen, selbst wenn diese mit hoher militärischer Professionalität vorbereitet würden.

Wie kommt es zu diesem Medienloch? Warum tun sich kenntnisreiche Journalisten in Sachen Europa- und Sicherheitspolitik so schwer gegenüber Besessenen und Falschinformanten?

Fände hierzulande eine ausgewogene Diskussion auf europäischem Niveau statt, ließe sich als erstes feststellen: Mehr und seriöse Information lässt Medienlöcher und Bewusstseinsdefizite schnell verschwinden. Umkehrschluss: Ohne Information keine Diskussion und ohne Diskussion keine politische Rückendeckung.

Das österreichische Medienloch, kein Novum, stellt in einer veränderten, anspruchsvolleren Welt ein politisches Risiko der Sonderklasse dar: Mediale verweigernde Befassung wird wieder einmal zum Politikum auf „der Insel der Seligen“, die schon längst keine mehr ist.

„ Österreicher im Tschad? “

General Günther Greindl

Die Österreicher sind mehrheitlich gegen eine Teilnahme des Bundesheeres an der EU-Humanitärmission im Tschad. Mangelt es uns an solidarischer Gesinnung, ist uns das Risiko zu hoch oder sind unsere Parlamentarier nicht ausreichend informiert? Folgende Gründe, die gegen eine Beteiligung sprechen, werden angeführt:

Die Beteiligung ist mit der Neutralität nicht vereinbar

Die Mission wurde von den Vereinten Nationen mit der Sicherheitsratsresolution 1778 beschlossen. Die Vereinbarkeit mit der Neutralität ist damit formalrechtlich gegeben. Im Übrigen ist im Falle einer humanitären Katastrophe die Neutralität nicht anwendbar. Gegenüber menschlichem Leid gibt es keine Neutralität, sondern nur Solidarität. Gerade für neutrale Staaten liegt es im eigenen Interesse sich als solidarisches Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu etablieren. Nicht ohne Grund beteiligen sich auch Irland, Schweden und Finnland.

Es ist eine Militarisierung der Humanitärhilfe zu befürchten

Die zivilen Hilfsorganisationen leisten bereits seit Langem hervorragende Arbeit. Sie begrüßen dennoch diesen militärischen Einsatz, weil die Versorgung insbesondere der Vertriebenen wegen mangelnder Sicherheit immer schwieriger wird. Besonders betroffen und schutzbedürftig sind Frauen und Kinder.

Die EU-Mission soll Sicherheit und Stabilität für die humanitären Einsätze der zivilen Hilfsorganisationen gewährleisten. Das ist die Aufgabe, zu der auch unser Kontingent beitragen wird. Darüber hinaus kann das Militär in unsicheren Lagen oder in unzugänglichen Gebieten die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung unterstützen. Entscheidend ist nicht, wer Hilfe bringt, sondern, dass sie rasch und effizient

erfolgt. Friedenstruppen haben in der Praxis zu Recht immer eine humanitäre Komponente. Daraus eine Militarisierung der Humanitärhilfe abzuleiten, ist objektiv nicht nachvollziehbar.

Der Einsatz dient kolonialen Interessen Frankreichs

Die Mission wird von der EU im Auftrag der Vereinten Nationen durchgeführt. Den Beschluss fasste die Union einstimmig nach monatelanger, sorgfältiger Diskussion. Die strategische Führung liegt eindeutig bei der EU und die operative Führung wurde dem irischen General Pat Nash übertragen. Ich kenne General Nash von gemeinsamen Friedenseinsätzen und habe ihn als hervorragenden Peacekeeper kennen gelernt. Ich bin überzeugt, dass er nach dem Motto der Peacekeeper „fair, firm, friendly“ vorgehen wird.

Es ist unbestritten, dass die Nachwirkungen der kolonialen Vergangenheit Frankreichs zu berücksichtigen sind, aber eine Unterstellung kolonialer Interessen ist Polemik. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist auf die Zukunft gerichtet und sollte nicht durch fragwürdige Rückgriffe auf die Geschichte erschwert werden. Die Erfahrung der Franzosen in dieser Region ist ein Vorteil, auf den die EU nicht verzichten sollte. Es ist vernünftig, dass sich die EU für diesen taktisch und logistisch schwierigen Einsatz großteils auf militärische Mittel Frankreichs stützt.

Das Bundesheer ist nicht entsprechend ausgerüstet

Die Ausrüstung des Bundesheeres ist ohne Zweifel verbesserungswürdig. Das ist nicht verwunderlich, wenn man die Aufwendungen für die Landesverteidigung in Prozent des Bruttonationalproduktes mit anderen EU-Staaten vergleicht. Hier liegen wir mit 0,78 Prozent am untersten Ende. Nicht um-

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

GALILEO

Mag. Arnold Kammel

Die EU hat sich kürzlich auf die Finanzierung des Satellitennavigationssystems GALILEO geeinigt. Die noch ausstehenden € 2,4 Mrd. des insgesamt € 3,4 Mrd. teuren Projekts werden – einem Vorschlag der EU-Kommission folgend – aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert.

GALILEO ist das erste von der EU und der Europäischen Weltraumagentur (ESA) durchgeführte Projekt und Teil des Transeuropäische Netze (TEN)-Verkehrsplans und besteht aus 30 Satelliten (27 im Einsatz und drei als Ersatz), deren Signale von zwei Kontrollzentren überwacht und verarbeitet werden sollen.

Neben den USA und Russland wird die EU zum dritten Akteur, der ein „Global Navigation Satellite System“ (GNSS) verwendet. Damit würde ein lang gehegter Wunsch der EU in Erfüllung gehen, ab 2013 unabhängiger vom US-Navigationssystem GPS zu werden, denn es gibt keine Garantie, dass das GPS-System dauerhaft für Europa zugänglich ist, solange es kein eigenes System unter europäischer Kontrolle gibt.

GALILEO ist aufgrund seiner technologischen, wirtschaftlichen und strategischen Tragweite in Zukunft von großer Bedeutung für die Union. Wirtschaftlich handelt es sich bei GALILEO um das größte Infrastrukturprojekt der EU, das vergleichsweise billig war und Aussicht auf hohe Rentabilität aufweist, handelt es sich doch bei dem GNSS-Markt um einen der zukunftsreichsten Märkte. Technologisch schließt die EU mit GALILEO zu den USA auf.

Auch wenn GALILEO als ziviles Programm konzipiert ist und hauptsächlich für den Verkehr und die Landwirtschaft verwendet werden soll, ist es auch für militärische Zwecke einsetzbar. Gerade diese strategische Dimension, im Bereich globaler Informationsquellen nicht auf Drittstaaten angewiesen zu sein, wird für die EU immer wichtiger.

GALILEO ist somit mehr als nur die Fähigkeit, Autofahrer genau von A nach B zu bringen, vielmehr ist es ein wichtiger strategischer Schritt zur Selbständigkeit der EU, auch in Fragen ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Fortsetzung von Seite 1

sonst hat der Vorsitzende der Bundesheerreformkommission Dr. Zilk festgestellt, dass das Heeresbudget auf zumindest 1 Prozent des Bruttonationalproduktes angehoben werden muss, um einen international akzeptablen Standard zu erreichen.

Andererseits hat es die Heeresführung, so wie bei früheren Einsätzen, wiederum geschafft unsere Improvisationsgabe zu nutzen und im Eilverfahren unseren Soldaten jene Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung ihres Auftrages befähigt. Hinzu kommen die gute Ausbildung und die lange Einsatzpraxis der österreichischen Peacekeeper. Ob in den Weiten des Kongos, in den Wüstengebieten Kuwaits, auf den Höhen des Golans oder am Gipfel des Mt. Hermon, die Österreicher haben stets die schwierigsten Verhältnisse gemeistert. Auch diesmal wird es nicht anders sein. Alles zusammen genommen sind wir international durchaus konkurrenzfähig.

Die Gefährdung der Soldaten ist zu hoch

Die richtige Einschätzung des Gefährdungspotenziales ist die schwierigste und zugleich die verantwortungsvollste Aufgabe der militärischen Führung.

Die Sicherheitslage im Tschad ist typisch für künftige Peacekeeping-Einsätze. Unregierbare Regionen, chaotische Zustände und unkontrollierbare bewaffnete Elemente, die ihre eigenen Interessen verfolgen, sind Bedingungen, die in den Krisengebieten zu erwarten sind und auf die sich Truppensteller einstellen müssen. Die Praxis zeigt jedoch, dass in ein und derselben Mission die konkreten Gefährdungssituationen regional und örtlich sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können. Generelle Feststellungen von Gefährdungsgraden nützen daher wenig. Aussagekräftiger für eine Beurteilung sind eine Analyse des Auftrages, des Einsatzgebietes und des Verhaltens der Konfliktparteien sowie etwaiger bewaffneter Elemente. Der Auftrag im Tschad ist der Schutz der Flüchtlingslager. Er sieht kein offensives Vorgehen oder einen Einsatz in den am meisten gefährdeten Grenzregionen zum Sudan vor. Die im Tschad operierenden Banden meiden Konfrontationen mit bewaffneten Verbänden. Sporadische Zusammenstöße können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Durch entschiedenes militärisches Auftreten kann die Gefahr bewaffneter Konfrontation verringert werden. Die Peacekeeping-Regel „Show of force avoids the use of force“ wird unter diesen Umständen wichtiger denn je. Wenn wir weiter eine aktive Rolle im Peacekeeping spielen wollen, werden wir in künftigen Einsätzen das Risiko sporadischer Zusammenstöße mit bewaffneten Elementen in Kauf nehmen müssen. Im Vergleich

zu anderen Krisengebieten ist dieses Risiko im Tschad eher gering einzuschätzen.

Schlussfolgerung

Österreich bekennt sich zu einer aktiven Friedenspolitik. Das Bekenntnis allein kann aber nichts bewirken. Nur durch sichtbare Maßnahmen und aktive Beteiligung können wir unsere Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen. Die Mitwirkung an Friedenseinsätzen ist ein schlüssiger Ausdruck unserer Gesinnung und dient zugleich unseren eigenen Sicherheitsinteressen. Je mehr wir für den Frieden anderer tun, desto sicherer ist unser eigener Friede. Wir haben dies in der Praxis erfahren und stehen aus Überzeugung zu einer aktiven Beteiligung an der internationalen Friedenssicherung.

Die Teilnahme an der EU-Operation im Tschad dient diesen Zielen und ist bei allen Unwägbarkeiten eine Aufgabe, bei der das Bundesheer einen sinnvollen und lösbaren Beitrag leisten kann. Die Fähigkeiten unserer Soldaten und die Ausrüstung, die wir in Friedenseinsätzen zur Verfügung haben, brauchen einen Vergleich mit unseren Partnern nicht zu scheuen.

Niemand kann voraussagen, wie ein Einsatz verlaufen wird. Deshalb brauchen unsere Soldaten in guten wie in schlechten Zeiten die breite Unterstützung der Öffentlichkeit und der im Parlament vertretenen Parteien. Die Mission im Tschad konfrontiert die Österreicher mit Einsatzbedingungen, die unsere vertraute Vorstellung von Friedenseinsätzen übersteigen. Die Bedingungen und Anforderungen komplexer Friedenseinsätze wurden in Österreich weder im Parlament noch in der Öffentlichkeit ausreichend diskutiert. Kein Wunder, dass die Entsendung unserer Soldaten zum parteipolitischen Streitthema geworden ist. Dies ist äußerst bedauerlich und für die Arbeit nicht förderlich.

Die österreichischen Peacekeeper haben wiederholt die Erstellung einer strategischen Konzeption für Auslandseinsätze gefordert. In dieser, die vom Parlament beschlossen werden müsste, sollen die grundsätzlichen Fragen der Beteiligung an Friedenseinsätzen wie Zielsetzung, Einsatzprofile, Mitteleinsatz, Rollenspezialisierung und Entscheidungsabläufe möglichst außer Streit gestellt werden. Nur dann ist gewährleistet, dass die Öffentlichkeit die österreichische Entsendepolitik erkennt und unterstützt, dass eine solide und langfristige Grundlage für die Einsatzvorbereitung des Bundesheeres besteht, dass wir international berechenbare und verlässliche Partner bleiben und dass unseren Soldaten in der Heimat jener Respekt und jene Anerkennung zukommt, die sie im Einsatz so dringend benötigen.

„ÖIES-Europaforum“

Die EU ein globaler Akteur?

Am 23. November 2007 fand in der Diplomatischen Akademie das 11. Europaforum zum Thema „Die EU ein globaler Akteur – Anspruch und Wirklichkeit“ statt. Zentral waren die Fragen, inwieweit die EU gerüstet sei, den neuen globalen Herausforderungen zu entsprechen, die Interessen und Ziele Europas erfolgreich zu vertreten und die globale Tagesordnung mitzubestimmen. Neben den USA und einem wieder erstarkten Russland sind China und Indien zu internationalen Akteuren herangewachsen, wodurch eine multipolare Welt entstanden ist.

Das Europaforum wurde vom Präsidenten des ÖIES, Dr. Werner Fasslabend, und vom Direktor der Diplomatischen Akademie, Botschafter Jiri Gruša, eröffnet.

Staatssekretär Dr. Hans Winkler gab in seinem Eröffnungsreferat einen Überblick über den Reformvertrag, der den Vertrag von Nizza ablösen und zukünftiger Ordnungsrahmen für die EU sein wird. Der Reformvertrag übernimmt im institutionellen Bereich die Regelungen des Verfassungsvertrags, blendet jedoch „staatspolitische“ Aspekte des Verfassungsvertrags aus. Die Union erhält Rechtspersönlichkeit und überwindet die bisherige „3-Säulen-Struktur“. Bedeutend ist die Stärkung der Demokratie durch die Einführung eines vollen Mitentscheidungsrechts des Europäischen Parlaments und die Stärkung der nationalen Parlamente. Eine Grundrechtecharta soll die Union als Wertegemeinschaft stärken. Der Europäische Rat wird eine formale Institution und bekommt einen neuen, auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik wird die Kompetenzen des ursprünglich geplanten EU-Außenministers übernehmen.

Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler a.D., zeigte wichtige zukünftige Herausforderungen der EU auf. Im Sinne Walter Hallsteins betonte er, dass man angesichts der sich rasch wandelnden europäischen Realitäten eigentlich an Wunder glauben müsse, um die aktuelle Situation zu begreifen. Die heutige EU sei in keiner Weise vergleichbar mit der Union, der Österreich beigetreten sei. Die alten Mitgliedsstaaten konnten mit dem schnellen Tempo nur schwer Schritt halten und man habe wichtigen Themen wie der Aufnahme-fähigkeit der EU und den Erwartungen der Bürger im Zusammenhang mit der Globalisierung zu wenig Gehör geschenkt. Der Vertrag von Lissabon bringe

eine Reihe von Reformen und stärke die Handlungsfähigkeit der Union. Gleichzeitig sei es wichtig, die Debatte um die künftige Gestalt der EU voranzutreiben. Europa müsse „gelebt werden“, um vorwärts zu kommen. Um als globaler Akteur agieren zu können, sei eine Vernetzung der verschiedenen Politikbereiche der EU zentral. Insbesondere die Außenpolitik sei zu fragmentiert und die Einigung auf gemeinsame Positionen schwierig.

Session 1: Eine neue multipolare Welt

Dr. Dana Allin vom IISS London beschrieb die Schwierigkeiten der USA, ein Weltordnungssystem zu akzeptieren, dass auf dem Begriff der Multipolarität aufgebaut ist. Er ging auf die Bedenken prominenter Kritiker ein, die die Existenz einer multipolaren Welt negieren, sie aus moralischen Vorstellungen ablehnen und auch die Legitimität eines solchen Systems in Frage stellen. Ziel der USA sei es, die nationalen Interessen im bilateralen Dialog mit China, Indien, Russland und den einzelnen europäischen Staaten zu verfolgen. Allin betonte, dass das transatlantische Bündnis derzeit noch auf wackeligem Fundament stehe.

Botschafter Franz Cede zeigte die Komplexität und Widersprüchlichkeit Russlands auf, wie Wirtschaftsboom in den Städten und weit verbreitete Armut in der Provinz. Russland habe die Last der Vergangenheit bisher nicht überwunden. Auch im heutigen Russland sei der autoritäre Charakter der Staatsgewalt – ein jahrhundertaltes Charakteristikum – bestimmend. Die Auflösung der Sowjetunion verbunden mit dem Verlust der Weltmachtstellung habe ein noch nicht überwundenes Trauma in der russischen Gesellschaft bewirkt. Dies habe auch zur Folge, dass Präsident Putin heute als „Inkarnation der Wiedererstarkung und der nationalen Einheit“ erscheine.

Professor Raja Mohan (Nanyang Universität Singapur) bezeichnete Indien aufgrund seiner demokratischen Traditionen, Vielfalt, Bevölkerungsdichte und Prägung durch westliche Prinzipien als sui generis Akteur im globalen System. Mohan unterstrich, dass Indien derzeit noch keinen „europäischen Partner“ sähe, sondern eher auf bilaterale Kooperationen baue. Er setzte sich dafür ein, Schwierigkeiten und Unterschiede im internationalen System anzugehen, anstatt die Augen davor zu

verschließen. Er forderte, über Definitionen sowie Grenzen einer multipolaren Welt nachzudenken. Mohan warnte davor, soft power als Ersatz für hard power zu verstehen, da nur beide zusammen effiziente Mittel der Politik seien.

Dr. Franco Algieri (CAP München) stellte dar, dass Europa gegenüber China eine entsprechende Politik entwickeln müsse. Europa habe lange Zeit ein verzerrtes Chinabild gehabt, das auf einer schwachen EU-Chinapolitik und fehlenden Expertise in Europa basierte. Nur langsam habe sich ein realistischerer Dialog zwischen China und der EU entwickelt. Als künftige Merkmale der Entwicklung Chinas bezeichnete Algieri: Kontinuität im Wirtschaftswachstum, der ideologischen Ausrichtung der Politik sowie des traditionellen Harmoniebedürfnisses der chinesischen Gesellschaft. Er betonte, dass China einen friedlichen Aufstieg verfolge und unterstrich die Notwendigkeit, den Aufstieg Chinas als „verantwortungsbewusste Großmacht“ zu fördern, anstatt China zu isolieren.

Session 2: Äußeres Handeln – Durchsetzung europäischer Interessen

Zsolt Nemeth, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des ungarischen Parlaments, betonte, dass die EU Ambitionen brauche, um global mit anderen Akteuren Schritt zu halten. Dazu müssten europäische Strategien vor dem Hintergrund gemeinsamer Werte, realistischer Fähigkeiten und finanzieller Möglichkeiten definiert werden. Die EU müsse dringend lernen, mit einer Stimme zu sprechen, Solidarität zu entwickeln und ihre verschiedenen Instrumente zu nutzen.

Botschafter Dr. Thomas Mayr-Harting, Politischer Direktor im BMfeIA, stellte fest, dass allein die große Erwartungshaltung an die EU Ausdruck ihres Erfolges sei. Dennoch müsse die EU zunächst Lösungen für regionale Probleme entwickeln, bevor sie sich an globale Herausforderungen wage. Die Kosovo-Frage sei in diesem Zusammenhang die „Gesellenprüfung“, an der die EU nicht scheitern dürfe.

Dr. Franco Algieri wies darauf hin, dass Europa große Probleme habe, gemeinsame Interessen zu formulieren und dass diese Schwäche von anderen Akteuren ausgenutzt werde. Diese seien tendenziell

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 4

Europaforum 2007



Fortsetzung von Seite 3

bemüht, ihre Ziele durch bilaterale Lösungen durchzusetzen. Aufbauend auf der Europäischen Sicherheitsstrategie müsse die EU trotz unterschiedlicher Erfahrungen und Traditionen die Handlungsfähigkeit nach außen stärken, eine umfassende globale Agenda und gemeinsamen Willen entwickeln sowie strategische Interessenskoalitionen mit Partnern auf gleicher Augenhöhe eingehen.

Dr. Franck Debié (Fondapol Paris) wies darauf hin, dass es mittelfristig für die EU von größter Bedeutung sei, Wachstum und Prosperität zu fördern, um angesichts starker Konkurrenz und zunehmender Machtpolitik wirtschaftlich weltweit Einfluss zu haben. Die EU müsse sich für fairen und freien Handel sowie globalen Wachstum einsetzen, um sozialen Spannungen entgegenzuwirken.

Session 3: Ist die Union für eine globale Rolle Europas gerüstet?

Dr. Klaus Hänsch, MEP und früherer Präsident des Europäischen Parlaments, stellte fest, dass die EU zwar nicht den Status, aber dennoch die Verantwortung einer Weltmacht habe. Die EU müsse intern funktionsfähig und global handlungsfähig sein. Es sei wichtig, dass die EU Stabilität und Kohärenz nach außen repräsentiere und z.B. im Verhältnis zu Russland und in der Kosovo-Frage eine geschlossene Position einnehme. Der Reformvertrag erhöhe die Chancen für eine bessere Handlungsfähigkeit. Er warnte davor, dass sich die EU durch die Erweiterungspolitik unter Zugzwang setze und sich vom Ziel der inneren Kohärenz entferne. Je größer die EU werde, desto mehr entferne sie sich von ihren Bürgern.

Der Europa-Abgeordnete Elmar Brok betonte, dass die bisherige Erweiterungspolitik nicht fortgesetzt werden könne, da dies zu einer Destabilisierung der EU führe. Die politischen Kriterien müssten in Zukunft streng beachtet werden. Die EU könne nur neue Mitglieder aufnehmen, wenn die Aufnahmefähigkeit ohne Gefährdung des Integrationsprozesses gegeben sei. Im Rahmen der Partnerschafts- und Nachbarschaftspolitik sei es wichtig, zur Stabilisierung des europäischen Umfelds beizutragen, ohne zwangsläufig eine Vollmitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Die EU sei ein erwünschter Global Player, schaffe es aber bislang nicht, sich über den Status eines Global Payer hinaus zu entwickeln. Sie müsse Strategien entwickeln, die es für andere globale Akteure lohnenswert gestalten, mit der EU als Einheit anstatt mit den Mitgliedsstaaten bilateral zu verhandeln.

Medieninhaber, Herausgeber und Offenlegung:
Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik, A-2344 Ma. Enzersdorf, Schloss Hunyadi, Schlossgasse 6
Verantwortlich: Dr. Erich Hochleitner, Direktor des ÖIES. Der Newsletter erscheint periodisch und dient der unabhängigen Sachinformation über Fragen der europäischen Sicherheit.
Produktion: Studio Oranje Werbegrafik GmbH, 2371 Hinterbrühl
02Z033477M P.b.b. Erscheinungsort Maria Enzersdorf Verlagspostamt A-2346 Maria Enzersdorf/Südstadt

Einzelpreis: € 1,10